

Mitgliederkreisparteitag der SPD Rhein-Neckar am 22.11.2016 in St. Ilgen

Antrag: Bekämpfung der Altersarmut

Antragsteller: SPD-AG 60 plus Rhein-Neckar

Empfänger: 60 plus Landesvorstand, 60 plus Bundesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

Der Mitglieder-Kreisparteitag möge beschließen:

Bund und Länder müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die in absehbarer Zeit (prognostiziert sind 10 – 14 Jahre) drohende massenweise Altersarmut wirksam zu bekämpfen.

- Die Einnahmesituation muss verbessert werden
- a) durch Bekämpfung von Steuerhinterziehung- und Vermeidung.
- b) durch Angleichung der Kapitalertragssteuer/ Abgeltungssteuer an die Einkommensteuer
- c) durch die „Bürgerversicherung“: Alle Einkommensbezieher zahlen in die Rentenversicherung ein, für die Zukunft ist an eine Grundrente zu denken.
- Aus Steuermitteln, die im Augenblick reichlich fließen, muss ein Fonds gebildet werden, etwa der vom Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln (12.10.2016) angedachte Demografie-Fonds, aus dem auch niedrige Renten bzw. ein niedriges Haushaltseinkommen von Rentnern über das Niveau der Grundsicherung hinaus subventioniert werden können. Deshalb sind Steuersenkungen im großen Stil nicht möglich!
- Renten und Pensionen müssen langfristig angeglichen werden! Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass Pensionäre 72 % ihrer letzten Bezüge als Altersruhegeld erhalten, Rentner dagegen nur ca. 48 % ihres durchschnittlichen Lebenseinkommens, Tendenz sinkend.

- Die Erwerbstätigkeit im Alter muss weiter erleichtert, der „graue Rentnerarbeitsmarkt“ reguliert werden, um Ausbeutung zu verhindern (Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsamt auch nach dem Renteneintrittsalter, Arbeitsverträge, Mindestlohn)
- § 14 TzBf – „Sachgrundlose Befristung“ muss dahingehend geändert werden, dass ab dem 60. Lebensjahr ohne Begrenzung Anschlussverträge abgeschlossen werden können. Berufstätigkeit ist auch im Alter sinnstiftend!
- Das Renteneintrittsalter darf nicht weiter erhöht werden!
- Kinderbetreuung und Ganztagschulen müssen ausgebaut werden, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können – Frauen dürfen nicht durch Altersarmut bestraft werden, wenn sie sich für Kinder entscheiden.

Begründung:

Altersarmut liegt dann vor, wenn die Altersbezüge geringer als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung sind. In den letzten 10 Jahren ist die Altersarmut um 25 % angestiegen. (Quelle: Handelsblatt 10.09.2016). 2015 waren mehr als 1 Million Rentner auf Grundsicherung angewiesen.

Diese Zahlen werden sich dramatisch erhöhen, wenn Arbeitnehmer in Rente gehen, die bis 2005 zu den 5 Millionen (ca. 11 %) Arbeitslosen gehört haben. Die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 haben zwar zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit geführt, aber die negativen Folgen durch Niedriglohnjobs, Zeitarbeitsverhältnisse oder geringfügige Beschäftigung und die damit verbundenen geringeren Rentenversicherungs-Beiträge müssen jetzt abgefedert werden.

Daneben sind Teilzeitarbeit, Leiharbeit und die Auswirkungen der Globalisierung Gründe für Altersarmut.

Auch in Zukunft wird sich die Ausgangslage nicht verbessern. Wir haben bereits „Amerikanische Verhältnisse“, d.h. für viele sind mehrere „Jobs“ nötig, um in ihrer aktiven Zeit ihr Auskommen zu

finden. Nicht alle sind versichert, sodass Minirenten die Folge sind. Auch der Mindestlohn führt nicht zu einer auskömmlichen Rente.

Betroffen sind vor allem Alleinerziehende, Geschiedene, Selbständige, künftig auch Akademiker (Generation Praktikum). Die Altersarmut ist vor allem weiblich, denn viele Frauen haben wegen der Erziehungszeiten nur geringe Rentenansprüche erwerben können.

Zu bedenken ist auch, dass die Altersarmut nicht zu unterschätzende gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben würde: Die Alten könnten selbst nicht mehr konsumieren und auch ihre Kinder und Enkel nicht mehr finanziell unterstützen – eine wirtschaftliche Rezession könnte die Folge sein.

Generationenkonflikte, die heute schon bei jeder Rentenerhöhung aufbrechen, und die von einigen Journalisten in unverantwortlicher Weise geschürt werden, müssen durch Aufklärung verhindert werden!